

längerte Arm des Staates, sondern Freiberufler, die die medizinische Versorgung der Bevölkerung sicherstellen. Es sei untragbar, dass viele Ärzte heute mehr Zeit für die Bürokratie als für die Behandlung ihrer Patienten aufwenden müssen. Die neue Bundesregierung werde die verfehlten Reformen aus der Ära Schmidt beseitigen. Dem neuen Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler sicherte Söder die Unterstützung des Freistaates Bayern und der CSU zu.

Ulla Schmidt im Liegestuhl

Auf humorvolle Weise verabschiedeten sich die Zahnärzte beim anschließenden Gesellschaftsabend in den Münchner Eisbachstudios von Ulla Schmidt. Per Videobotschaft wandte sich ein Schmidt-Double im Liegestuhl an der Costa Blanca an die Standespolitiker. „Macht es gut in der GKV. Ich genieße jetzt meinen Ruhestand. Ich bin ja schließlich privat versichert“, flötete das Double in perfektem Schmidtschen Sing-Sang.

Leo Hofmeier

Für freie Arztwahl – gegen Selektivverträge Weitere Beschlüsse der KZBV-VV in Auszügen

Zu Selektivverträgen

Die VV fordert den Vorstand auf, die Aufsichtsbehörde zu Schritten zu veranlassen, die der DAK (und anderen Nachahmer-Krankenkassen) ihr ungesetzliches Handeln untersagt. Nötigenfalls sind rechtliche Maßnahmen einzuleiten.

Zur elektronischen Gesundheitskarte (eGK)

„Die VV lehnt die von der Gesellschafterversammlung der gematik beschlossene Planung des sogenannten Projektes ‚Online-Rollout‘ ab.“

Zur freien Arztwahl

„Der Gesetzgeber wird aufgefordert, das Recht auf freie Arztwahl uneingeschränkt zu erhalten und gesetzgeberische Maßnahmen, die dem entgegenwirken, zu unterlassen oder wieder abzuschaffen.“

Einigkeit in wesentlichen Punkten

Vertreterversammlung der KZVB – Ein Stimmungsbericht

Konsens im Großen, Dissens in einigen Detailfragen, so lässt sich die Vertreterversammlung (VV) der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns (KZVB), die am 20. und 21. November im Münchner Zahnärzthehaus stattfand, zusammenfassen. Vor allem in ihren Forderungen an die Politik präsentierten sich die Delegierten erfreulich geschlossen – im Sinne der gemeinsamen Sache!

Die VV der KZVB ist ein Ort gelebter Demokratie. Das Ringen um die beste Lösung führt nicht selten zu hitzigen Diskussionen – und das ist auch gut so. Schließlich geht es bei der VV um nicht weniger als die Sicherung der Existenz von rund 8600 Vertragszahnärzten und um die zahnmedizinische Versorgung von über 10 Millionen gesetzlich krankenversicherten Patienten in Bayern. Umso erfreulicher ist es, wenn sich die Delegierten in wesentlichen Punkten einig sind. So wurden Anträge auf Abschaffung der Praxisgebühr, gegen Selektivverträge und die elektronische Gesundheitskarte sowie für den

Erhalt der freien Arztwahl einstimmig beschlossen. Auch der Haushalt der KZVB und die Höhe der Verwaltungskostenbeiträge wurden ohne Gegenstimmen verabschiedet. Kontroverser waren die Meinungen indes zu Detailfragen, in denen bekanntlich oftmals der Teufel stecken kann.

132 Einzelfragen

Für Außenstehende mag die Bedeutung der Entscheidung, ob die Fragestunde zu Beginn oder am Ende einer VV durchgeführt wird, nur schwer nachzuvollziehen sein. Doch über das Für und Wider kann man ohne weiteres 90 Minuten diskutieren. Angesichts von 132 Einzelfragen, deren Beantwortung mehr als drei Stunden in Anspruch nahm, spricht aber einiges dafür, diesen Tagesordnungspunkt ans Ende zu stellen. Auch die Entscheidung, ob dem VV-Ausschuss drei oder fünf Mitglieder angehören sollen, ist für manchen Delegierten existentieller Natur. Ob daran das Schicksal der bayerischen Zahnärzte hängt, mag jeder Leser selbst beurteilen.



Foto: KZVB

Konsens im Großen: Bei den politischen Zielsetzungen war sich die Vertreterversammlung der KZVB einig. Der Vorstand wurde gestärkt.

Von den „Hardfacts“, die auf der VV präsentiert wurden, ist aber zweifellos jeder bayerische Vertragszahnarzt betroffen. So konnten die beiden Vorsitzenden des Vorstands der KZVB Dr. Janusz Rat und Dr. Martin Reißig eine überzeugende Leistungsbilanz vorlegen. Durch eine geschickte Verhandlungsführung konnten sie den Krankenkassen mehrere Millionen Euro zusätzlicher Gelder für die bayerischen Vertragszahnärzte abringen. Die Zahl der ungeliebten Puffertage konnte dadurch im Vergleich zu früheren Zeiten deutlich reduziert werden. Selektivverträgen, wie sie die Krankenkassen anstreben, setzt die KZVB kollektive Ergänzungsverträge entgegen, von denen alle Zahnärzte profitieren.

Grundsolide Kennzahlen

Erfreulich ist auch, dass die KZVB trotz der Weltwirtschaftskrise im Jahr 2009 grundsolide Kennzahlen vorlegen kann. Rückgänge bei den Zinserträgen wurden, wie der kaufmännische Geschäftsführer Dr. Walter Donhauser berichtete, weitgehend durch das Projekt „Kostensenkung“ ausgeglichen. Betriebsbedingte Kündigungen konnte die KZVB ebenso vermeiden wie Beitragserhöhungen für die Mitglieder. Die Geschlossenheit der Delegierten in zentralen Fragen ist ein wichtiges Signal: Der Vorstand kann gegenüber Krankenkassen und Politik selbstbewusst auftreten und die Forderungen der bayerischen Vertragszahnärzte mit Nachdruck vertreten.

Leo Hofmeier

Weitere Beschlüsse der KZVB-Vertreterversammlung

Einstimmig forderten die Mitglieder der Vertreterversammlung (VV) die Bundesregierung wiederholt auf, den Gesundheitsfonds abzuschaffen. Gleichzeitig begrüßten sie die Ankündigung des bayerischen Gesundheitsministers, Dr. Markus Söder, die Zahnärzte in ihrer Forderung zur Abschaffung des Gesundheitsfonds zu unterstützen.

Ebenfalls einhellig forderte die VV den Gesetzgeber auf, die Nachweispflicht für Fortbildung nach § 95 des V. Sozialgesetzbuches ersatzlos zu streichen. Auch die gesetzlichen Regelungen zur Einführung eines praxisinternen Qualitätsmanagements und der Qualitätssicherung für den vertragszahnärztlichen Bereich sollen durch den Gesetzgeber abgeschafft werden, so der einstimmige Beschluss der Delegierten. Erneut forderten die Delegierten die Bundesregierung auf, die Direktabrechnung mit Kostenerstattung für den Bereich der Zahnmedizin auszubauen. Die Versicherten müssten

eine ungeschmälerete Erstattung der vertragszahnärztlichen Leistungen erhalten, beschloss die VV einstimmig.

Ohne Gegenstimme und Enthaltung hat die VV den Erhalt einer bedarfsgerechten, wohnortnahen und flächendeckenden zahnärztlichen Versorgung gefordert. Daher verurteilt sie einen „zerstörerischen Vertragswettbewerb“, wie er beispielsweise im sogenannten DAK-Selektivvertrag sichtbar werde.

Einstimmig beschlossen die Delegierten das Leitbild für den Freien Beruf Zahnarzt, wie es gemeinsam von den KZVen Bayerns, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein erarbeitet und vorgelegt wurde.

Abgelehnt wurde dagegen der Antrag, das Referat für Krankenkassenfragen wieder einzurichten. Im Zuge des Projekts Kostensenkung hatte der Vorstand der KZVB dieses Referat sowie das Referat MKG/Oralchirurgie abgeschafft.